



Niederschrift
15. Sitzung Gemeinderat
29. September 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

**Punkt 8 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen und Stiftungen; Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2019
Vorlage: 2020/0944**

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - von dem Beteiligungsbericht 2019 Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Bei 43 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion bedankt sich für diesen umfangreichen Bericht. Der hier ist der ältere von 2016. Warum ich den hochhalte? Der neue ist noch dicker.

Der wichtigste Punkt ist, welchen Verlustausgleich gibt nun die Stadt an die Gesellschaften. Da gibt es die erschreckende Zahl. Gegenüber 2018 mit 34 Mio. Euro ist es jetzt auf 72 Mio. Euro insgesamt gestiegen, was die Stadt bezahlen muss. Das hört sich ziemlich schlimm an und schreit danach, dass man schaut, wie könnte man einsparen. Aber wenn man dann schaut, was sind die Gründe dafür, was sind die großen Brocken, dann ist das die KVVH, also Busse und Bahnen, und es ist das Klinikum. Bei beiden wollen wir nicht sparen, weil wir die als ganz wichtig ansehen. Deshalb haben wir ein Problem, das wir aber auch nicht so ohne weiteres lösen können.

Ich möchte einen Blick auf eine ganz kleine Gesellschaft werfen. Das ist die Beteiligungsgesellschaft Baden-Airpark. Die hat ein Ergebnis von minus 2 Mio. Euro, das die Stadt ausgeglichen hat. Da hieß es immer, der Airpark trägt sich selbst, die Stadt braucht keine Zuschüsse mehr zu geben. Das ist jetzt der erste Fall, dass doch wieder einer gegeben wurde. Das ist auch nur der Anfang. Es gilt für alle Gesellschaften. Aber ganz besonders für den Flughafen, dass sich das Geschäft in

Corona-Zeiten noch deutlich verschlechtern wird. Da müssen wir dann demnächst einmal ran, da noch einmal nachhaken.

Die wichtigste Änderung im Bericht ist, dass auf Bitte der CDU jetzt ein Abschnitt zum Klimaschutz in den einzelnen Gesellschaften vorkommt. Da sieht man deutlich, fast überall wurde angefangen, etwas zum Klimaschutz zu machen. Aber es ist noch längst nicht so, dass wir zufrieden sein können. Da ist noch sehr viel zu tun bis zur Klimaneutralität auch bei den Gesellschaften. Beim Blick auf die Tabelle zur Chancengerechtigkeit fällt auf, es sind weiter nur ganz wenige Frauen in den Führungsebenen vertreten. Das ist noch eine Hausaufgabe, die wir auf jeden Fall noch weiter verfolgen sollten. Aber wenn als Ziel schon lediglich der Status Quo in manchen Gesellschaften angegeben wird, dann wird es schwierig, noch etwas herauszuholen. Ein kleiner positiver Punkt ist mir aufgefallen. Die Beschäftigungsquote der Arbeitnehmer*innen mit Behinderung wird von der Karlsruher Bädergesellschaft erstmalig eingehalten. Sie muss jetzt keine Ausgleichsabgabe mehr zahlen. Das ist doch eine positive Sache.

Frau Erste Bürgermeisterin, ich habe jetzt auch einen Wunsch an Sie, nachdem die CDU beim letzten Mal einen Wunsch erfüllt bekommen hat. Ich hätte gerne, dass Sie ein einziges Wort streichen. In Ihrem Vorwort steht, der Bericht ist nicht nur als Druckwerk erhältlich, sondern auch im Internet. Wenn Sie das „nur“ streichen, dann heißt der Satz: Dieser Bericht ist nicht als Druckwerk sondern nur im Internet zu erhalten. Das ist der Grund, warum ich auch den alten hochgehalten habe.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Beteiligungsbericht ist in der Tat im Zusammenhang mit dem Vorbericht vor einem Jahr anzusprechen. Insofern gebe ich dem Kollegen Honné durchaus Recht. Ich möchte aber auch an dieser Stelle allen Beteiligten meinen herzlichen Dank im Namen der Fraktion aussprechen. Das ist eine Riesenarbeit. Es ist auch ein wichtiges Instrument. Aber es muss noch mehr aus dieser Information gezogen werden. Das will ich ganz deutlich sagen. Es ist schon klar, dass man 42 Gesellschaften nicht in drei Minuten hier würdigen kann. Das will ich gleich sagen.

Nur ein paar Kernzahlen: 557 Mio. Euro Personalaufwendungen allein in diesem Bereich. Die Stadt im Vergleich hat 359 Mio. Euro. Ich sage das im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsüberlegungen, nicht nur für 2021, sondern für die nächsten Jahre. Ich spreche nur am Rande an – das kann jeder lesen – 20 % Umsatzeinbußen bei der KMK. Warum auch? Wir wissen, das sind ganz normale Dinge. Die Stadthallenproblematik brauche ich hier auch nicht anzusprechen. Sie muss jetzt irgendwann einmal gelöst werden. Instandhaltungsrisiken werden angesprochen. Damit müssen wir umgehen, keine Frage.

Volkswohnung: 58 Wohnungen haben wir im Jahr 2019 hingebracht. Das ist nicht überragend, aber es ist erwähnenswert. Die Volkswohnung ist der einzige Akteur in diesem Bereich. Über die Schiefelage des Klinikums brauchen wir nicht reden. Ich glaube es ist von der Stadtspitze erforderlich, dass wir jetzt einmal auf die Barrikaden gehen. Denn so geht es nicht weiter. Wir fahren gegen die Wand. Das muss man deutlich sagen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch die Strategie Haus M. Wer davon abweichen will, der hat mit mir wirklich Ärger. Wer jetzt anfangen will, das alte Klinikum wieder hochzuziehen, der hat ihn auch. Das will ich an dieser Stelle einmal erwähnen.

Umweltbericht: Wunderbar. Die GRÜNEN jubeln. Aber mit diesen Aussagen kann man noch nicht viel anfangen. Da müssen Zahlen hinterlegt werden. Was steht hinter den einzelnen Positionen? Dann muss man nämlich auch über Relevanz und Priorisierung reden. Auch ein Wort, das Sie gerne vermeiden wollen, wenn es um diese Dinge geht.

Ich habe jetzt nur drei Player angesprochen. Ich glaube, wir müssen uns näher damit befassen. Das ist gar keine Frage, gerade im Hinblick auf die angespannte Haushaltsentwicklung. Ich mache deshalb am Schluss den Vorschlag, dass wir uns den Beteiligungsbericht in einer der künftigen Strukturkommissionen einmal etwas näher vornehmen.

Stadtrat Zeh (SPD): 263 Seiten, neuer Rekord, hat dieser Beteiligungsbericht. Es geht aber um die Geschäftsberichte 2019. Da war von Corona noch nicht die Rede. Die Ausblicke der einzelnen Gesellschaften zeigen, es kommen größere Fehlbeträge und ähnliches auf uns zu. Der städtische Haushalt wird stärker belastet. 2019 erwirtschafteten auch nur die KVVH-Tochter Stadtwerke und die Volkswohnung real deutliche Überschüsse.

Wichtig ist das neue Kapitel „Gesellschaften und Klimaschutz“. Eigentlich müssten die VBK wichtiger Eckpfeiler sein. Aber seit rund zehn Jahren sind die Fahrgastzahlen nahezu konstant bei 104 Mio. Fahrgästen. Der Strom der Straßenbahn ist bereits 100 % Ökostrom. Die Busflotte hat noch Potential zur Verbesserung. Aber es muss alles getan werden, dass die Zahl der Nutzer des ÖPNV steigt.

Die Stadtwerke: Hier zeigt sich bei der stetigen Zunahme der Fernwärme, ebenso der stetigen Zunahme der regenerativen Energien, dass sich die Stadtwerke der Verantwortung für den Klimaschutz bewusst sind. Gerade die Fernwärme spart rund 146.000 CO₂ ein, ein wichtiger Beitrag.

Die KEK, die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur: Sie widmet sich neuen Energiekonzepten, Energieeinsparung und dem Klimaschutz. Sie ist aber ganz auf Zuschüsse und Projektmittel der Stadt und der Stadtwerke angewiesen. Ohne diese kann die Gesellschaft nicht arbeiten. Wir müssen aber die Kompetenz der Mitarbeiter in diesem Bereich erhalten.

Die Volkswohnung stellte 2019 den allgemeinen Strom der Häuser auf Grünstrom um, ein guter Schritt. Ebenso werden viele Grünflächen der Häuser seltener gemäht und Grünstreifen angelegt. Die Neubauten werden nach KfW-Standard 55 gebaut. Energieeffiziente Neubauten und Sanierung von Gebäuden tragen wesentlich zum Klimaschutz bei.

Beim Klimaschutz des Klinikums sind zwar Maßnahmen angelegt, aber sehr kleinteilig. Ich bin überzeugt, dass das das nächste Mal ein größerer Schritt ist. Auch das Haus M trägt deutlich bei zum besseren Klimaschutz.

Herr Honné hat es schon angesprochen, die Verschuldung ist neben den Investitionen ein deutlicher Anstieg. 2015 waren es noch 1,2 Mrd. Euro, jetzt 1,8 Mrd. Euro. Das hängt auch mit den rund 500 Mio. Euro der Investitionen zusammen, von Neubau Fernwärme, Volkswohnung Wohnungen, barrierefreie Haltestellen und das neue Klinikum. Letztendlich brauchen wir hier auch einen deutlichen Blick. Wir bedanken uns als SPD für diesen Bericht.

Stadträtin Böringer (FDP): Auch die FDP-Fraktion sagt Danke an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die Zusammenstellung des Beteiligungsberichts. Das ist immer eine ganz große

Aufgabe für die Verwaltung. Danke auch, dass erstmalig der Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz aufgenommen wurde. Wir begrüßen auch, dass erstmalig für alle relevanten Gesellschaften der Frauenanteil in den Führungsebenen aufgelistet wurde. Da ist in der oberen Ebene noch viel Luft nach oben. Das sage ich auch als FDP-Mitglied. Für uns Stadträtinnen und Stadträte ist es eine Herausforderung, aus diesem Beteiligungsbericht die richtigen Schlüsse zu ziehen. Ich stelle fest, dass die Entwicklung und insbesondere der Ausblick doch zum Teil dramatisch und verheerend ist. Es werden immer wieder Stabilisierungsmittel benötigt, die Einnahmen gehen zurück. Die städtischen Zuschüsse müssen immer wieder geleistet werden. Ich möchte nicht schwarzmalen, aber dennoch ausdrücklich warnen, heute mit allem zufrieden zu sein. Wir werden aufgrund der Corona-Krise hohe Fehlbeträge ausgleichen müssen.

Es gibt einige positive Entwicklungen, die Kollegen haben das schon aufgezeigt, insbesondere die Volkswohnung. Der Wohnungsmarkt ist stabil. Wir würden uns natürlich noch weiteren Mietwohnungsbau wünschen. Die Volkswohnung tätigt Investitionen. Ich möchte mit Blick auf den Haushalt 2021 jetzt schon warnen, bei dieser wichtigen Gesellschaft einen Zapfhahn einzubauen. Die Investitionen müssen in Wohnen und Infrastruktur fließen und dürfen nicht die Klimaschutzaufgaben der Stadt übernehmen.

Leider gibt es auch negative Seiten. Ich möchte einmal die Frage stellen, warum das städtische Klinikum so lange als GmbH erfolgreich lief und in den letzten Jahren so tief und schnell absank. Ich verstehe diese Entwicklung nicht. Die Corona-Krise gab dem Ganzen eigentlich nur den Rest. Hier müssen wir achtsam sein und nicht nur Patronatserklärungen abgeben, sondern ich möchte, dass auch das zuständige Dezernat Lösungen aufzeigt.

Ich fasse zusammen, ganz kurz: Mit Wohnen den Klimaschutz zu zahlen und das Klinikum als ewiges Groschengrab weiterzuführen, kann nicht der Weg sein,

(Der Vorsitzende: Frau Stadträtin!)

- Ich bin jetzt durch.

den wir mit unserer Wirtschaft und unseren Finanzen gehen wollen.

Stadtrat Schnell (AfD): Auch wenn der Bericht aufgrund der Folgewirkung der Maßnahmen im Zuge des Corona-Virus in Teilen bereits als überholt anzusehen ist, muss dennoch konstatiert werden, dass bei etlichen Betrieben bereits 2019 eine negative Entwicklung eingetreten war, die sich aktuell dann deutlich verschlechtert hat. Herr Zeh hatte schon darauf hingewiesen: noch zwei Betriebe, die Gewinn erwirtschaften. Letztes Jahr – haben Sie gesagt – sind es noch fünf gewesen. Es werden immer weniger. Die Schulden steigen dafür an. Aber umso bezeichnender finde ich daher, dass Sie als Vertreter der Altparteien in diesem Gemeinderat die Zeichen an der Wand – Sie haben alle Vertreter in den einzelnen Aufsichtsräten – völlig ignoriert haben und weiter in den letzten 12 Monaten hemmungslos in Ihren Anträgen Mehrausgabe um Mehrausgabe forderten, nur um sich bei Ihren potentiellen Wählern beliebt zu machen.

Ein Wort zum Baden-Airpark: Die Luftverkehrsindustrie leidet ganz besonders unter den Auswirkungen des Corona-Virus. Man muss sagen, dass der Baden-Airpark weniger drastische Passagierückgänge hatte, als andere Flughäfen in Deutschland. Es war ihm sogar gelungen, im Sommer drei neue Strecken einzuführen. Das ist etwas, womit man nicht hätte rechnen können. Ob

die dauerhaft bleiben, das muss man sehen. Aber der Grund dafür liegt ganz einfach darin, dass der ethnische Verkehr von allen Verkehren – also Geschäftsreiseverkehr oder Citytourismus – am wenigsten stark von Rückgängen betroffen war. In diesem Segment ist der Baden-Airpark relativ stark. Darum sind die Ergebnisse des Flughafens nicht ganz so schlecht wie an anderen Standorten.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Eigentlich sollen die Gesellschaften zum städtischen Haushalt einen Beitrag leisten. Ich kann mich noch entsinnen, als ich damals Stadtrat wurde, haben wir immer etwas überwiesen, weil die Stadtwerke sozusagen unsere Milchkuh waren. Wir hatten dennoch einen Beitrag geleistet. Wenn ich das sehe und die Aussichten, die wir vor uns haben, dann ist es genau umgekehrt. Der städtische Haushalt verschuldet sich immer mehr, um die Ausgleichs für die Gesellschaft zu machen. Das ist besorgniserregend. Ich sage aber, es ist nicht nur die Corona-Krise. Es ist tatsächlich auch der Fall, dass wir Personal eingestellt haben. Wir haben nachgeschaut. Wir haben von 2015 bis 2019 über 1.000 Mitarbeiter eingestellt im Gesamtkonzern Stadt. Bei der Investitionslage haben wir 2,3-fach investiert gegenüber von vor 10 Jahren. Wenn dem gegenübersteht, dass wir mehr Umsatz machen, wenn demgegenüber mehr Gewinne an anderer Stelle stehen, dann kann man das natürlich machen. Aber wir machen es eben nicht. Das heißt, wir haben nicht sinnvoll gewirtschaftet. Ich kann nur warnen, so weiterzumachen. Für mich klingeln alle Glocken, die klingeln können. Wir müssen nicht nur ein bisschen korrigieren. Wir müssen richtige, schmerzhaft Einschnitte machen. Wir können nicht einfach so weitermachen. Ich habe das Gefühl, das Gefüge fliegt auseinander. Es gibt kein „weiter so“. Wir als Freie Wähler|FÜR Karlsruhe nehmen das zur Kenntnis. Aber ein „weiter so“ kann es nicht geben. Wir fordern auf zu einer Klausur, einem In-sich-gehen. Wir müssen überlegen, wo können wir uns begrenzen. Das müssen wir.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich noch drei, vier Sätze sagen. Herr Stadtrat Honné, wir haben keinen Ausgleich für den Baden-Airpark in dem Jahr gezahlt. Das operative Betriebsergebnis war positiv im Jahr 2019. Das erwirtschaftet aber nicht die Abschreibung. Das, was die Differenz ist, die Sie richtig angegeben haben, wird dann aus der Kapitalrücklage genommen. Die Kapitalrücklage ist aufgefüllt worden seinerzeit von den verschiedenen Gesellschaftern, sowohl von der Stadt Stuttgart über ihre Flughafengesellschaft, als auch von den Kommunen. Insofern ist da durchaus Geld von uns drin. Das will ich gar nicht bestreiten. Aber die direkte Konstellation, die 2 Mio. Euro Ausgleich hat die Stadt Karlsruhe erbracht, die ergibt sich nicht.

Das Thema, Herr Stadtrat Pfannkuch, können wir gerne in die Strukturkommission geben. Auf der anderen Seite ist jeder Aufsichtsrat alleine aufgefordert, mit seiner entsprechenden Gesellschaft angesichts der Haushaltslage, Herr Stadtrat Kalmbach, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, sofern das möglich ist.

Wir haben vor allem zwei Bereiche, in denen wir Ihnen seit Jahren voraussagen, dass wir in ein zunehmendes Defizit geraten. Das eine sind die Verkehrsbetriebe, weil hier seit Jahren bekannt ist, dass die ergänzende Finanzierung über Bund und Land nicht auskömmlich sein wird, um die anstehenden Sanierungen, Instandhaltungen, Neubeschaffungen von Fahrzeugen usw. aufzufangen. Es ist eben so, dass uns das schon heftig ins Kontor schlägt, bevor wir überhaupt über die zusätzlichen Kosten durch die Kombilösung reden.

Der zweite Punkt ist das Klinikum. Das sind die beiden großen, bei denen es sich besonders entwickelt hat im Jahr 2019. Beim Klinikum ist das klar. Wenn ich das richtig im Kopf habe, über 50

% der Kliniken in Baden-Württemberg sind defizitär. Das hat etwas mit dem DRG-System zu tun und der zugrunde gelegten Personalkostenpauschale vor allem für das Pflegepersonal, die bundesweit, wenn ich das richtig im Kopf habe, einheitlich ist. Da haben Sie einfach das Problem, dass Ihnen jemand in Baden-Württemberg möglicherweise mehr Geld kostet als in Mecklenburg-Vorpommern oder anderswo. Das sind Dinge, die hier ins Kontor schlagen. Zudem kommen die Belastungen aus der Altbausubstanz. Da wird im Moment zusätzlich durch die Neubauten versucht, den Turn-Around zu schaffen.

Der dritte Punkt ist, dass wir durch die Anforderung eines Hauses der Maximalversorgung natürlich auch Bereiche aufrechterhalten und vorhalten müssen, die sich nicht refinanzieren. Ich will nur das Thema Zentrale Notaufnahme als ein Beispiel nennen. So lange sich strukturell in keinem dieser Bereiche etwas ändert, werden wir auch beim Klinikum unternehmen können, was wir wollen. Wir werden nicht wieder in diese Zeiten kommen, wo wir am Ende einen positiven Abschluss haben.

Die Fragen, Frau Stadträtin Böringer, die Sie gestellt haben, kann Ihnen sicherlich Ihr Vertreter der Zählgemeinschaft im Aufsichtsrat beantworten. Wenn nicht, dann steigen Sie da bitte noch einmal auf die Füße.

Das wäre das zum Beteiligungsbericht. Das ist jetzt doch eine Beschlussvorlage. Insofern müssen wir abstimmen. – Herr Stadtrat Jooß, Sie haben es doch zur Kenntnis genommen, oder? Sie haben doch den Beteiligungsbericht auch gelesen? Ich stelle fest, dass ihn alle zur Kenntnis genommen haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
21. Oktober 2020